

blick nach rechts

G 13861

INFORMATIONSDIENST ÜBER RECHTSAUSSEN: 14. Jahrgang Nr. 13 25. Juni 1997

➔ **Kein Podium mehr** Seite 3

Nach dem Willen des baden-württembergischen Wirtschaftsministers Walter Döring werden die Stuttgarter Buchwochen künftig ohne den rechtsextremen Grabert-Verlag stattfinden. Der Tübinger Verlag nutzt Buchmessen gerne zur Werbung für seine revisionistischen Werke.

➔ **Großzügige Geldgeber** Seite 5

Rechtsextreme Parteien scheinen nach wie vor üppig mit Spenden bedacht zu werden. Die Höhe der Zuwendungen übersteigt das Beitragsaufkommen um ein Vielfaches.

➔ **Ein bißchen rechts** Seite 6

Der Chefredakteur der „Jungen Freiheit“ hält nichts von neurechten Strategien und setzt lieber auf den parlamentarischen Erfolg der Rechten.

➔ **Haider-Fans** Seite 8

Die Nationalliberalen in der FDP möchten die Partei „rechts von der CDU“ positionieren. Als Vorbild dient der Österreicher Jörg Haider.

Tagebuch Seite 14

Nur im Abo. 14tägig zum Preis von DM 117,- jährl. zzgl. MwSt. und Versand
Vorwärts Verlag, Wilhelmstr. 140, 10963 Berlin
Telefon 030/25 99 36 41, Fax 25 99 36 54

Milde Urteile für Zeltplatz-Randale

Rohe Gewalt

Vor knapp einem Jahr sorgte die brutale Skin-Horde weltweit für Schlagzeilen. Als in der Nacht zum 13. Juli rund fünfzig betrunkene junge Rechtsradikale über das Zeltlager einer Kindergruppe aus dem rheinischen Kleve herfielen, berichteten Augenzeugen über Aktionen von kaum glaublicher Brutalität: Die Glatzköpfe aus dem rechtsextremen Umfeld droschen mit Eisenstangen, Baseballschlägern und abgesägten Tischbeinen auf jeden ein, der sich ihnen in den Weg stellte. Zum Schluß blieb ein halbes Dutzend Verletzter zurück, während die Angreifer ihren Sieg mit lautem Gegröle und „Heil Hitler“-Rufen feierten. Was damals zu Empörung und entsetzten Kommentaren führte, wurde vor der dritten großen Strafkammer des Landgerichts mit vergleichsweise milden Strafen geahndet. Der Vorsitzende Richter Horst Heydorn verurteilte allein den 22jährigen Haupttäter Sven Krüger zu einer zweijährigen Haftstrafe ohne Bewährung, während alle anderen der insgesamt 20 Angeklagten mit Geldbußen, Verfahrenseinstellungen, Bewährungsstrafen und Freizeitarresten davonkamen.

Der Prozeß hatte im März dieses Jahres mit insgesamt 20 Angeklagten begonnen, unter ihnen zwei junge Frauen, die besonders rücksichtslos aufgetreten waren: Eine 17jährige Krankenschwester hatte einem bereits am Boden liegenden Opfer einen Fußtritt in die Nierengegend verpaßt, während die zweite Frau einer Betreuerin der Kindergruppe mit einem Knüttel auf den Kopf schlug und „Scheiß Weib“ schrieb. Die Einzelheiten beider Vorgänge wurden allerdings hinter verschlossenen Türen verhandelt, nachdem Richter Heydorn gleich zu Beginn des Verfahrens wegen der Jugend der Angeklagten die Presse von den weiteren Verhandlungen ausgeschlossen hatte. So stellte die Kammer das Verfahren gegen eine der beiden Frauen kurz nach Beginn des Prozesses wieder ein, das Verfahren gegen die zweite Frau wurde wegen einer Schwangerschaft der Angeklagten vorübergehend ausgesetzt. Insgesamt beendete der Richter die Verfahren gegen 15 der zwanzig Angeklagten vorzeitig, indem er die Schuldigen schon während des laufenden Verfahrens zu Freizeitarresten, Geldbußen oder Freizeitarbeiten verurteilte. Zum Schluß blieben nur noch fünf Täter übrig, für die das Gericht den Strafrechts-Grundsatz „Im Zweifel für den Angeklagten“ bis an die

Grenze des Möglichen ausdehnte. „Die Angeklagten“, urteilte der Richter, „haben es schließlich nicht vorn vornherein auf Gewalt angelegt.“

Die mit Springerstiefeln und Bomberjacken bekleideten Glatzköpfe im Zuhörerraum hörten mit sichtlichem Stolz zu, als der Vorsitzende die Ereignisse jener Nacht schilderte, in der die ange-trunkenen Angeklagten und ihre Freunde in das in Leisten am Plauer See aufgebaute Lager der Kindergruppe aus Kleve marschierten. Mit Rufen wie „Punkerschwein“ oder „Zecke“ stürzte man sich damals auf die Betreuer, die zuvor einige ange-trunkene Skins aus dem Lager gewiesen hatten. Ein Betreuer erhielt einen Schlag mit einem Stahlrohr gegen den Kopf, einem anderen schlug ein Skin mehrmals mit der Faust ins Gesicht. Die Opfer erlitten Prellungen, Schädeltrauma und Jochbein-brüche. Trotz solcher Brutalität verzichtete das Gericht bei nahezu sämtlichen Angeklagten auf den Vorwurf des Landfriedensbruchs. Nur der einschlägig vorbestrafte Sven Krüger, der bei dem Überfall ein Messer und einen Knüttel mit sich geführt hatte, wurde als „Anstifter“ wegen dieses strafverschärfenden Deliktes belangt. Grund: Krüger hatte seinerzeit mit dem Ruf „Das ziehen wir jetzt durch!“ den Angriff auf das Zeltlager ange-führt.

Auf die Auftritte der rechten Szene reagierte die Kammer mit vornehmer Zurückhaltung. Die jungen Männer mit den kahlgeschorenen Köpfen und den mit weißen oder roten Bändern geschnürten Springerstiefeln blickten selbstbewußt in die Fernsehkameras. Auf den T-Shirts prangte ihre Weltanschauung: Einer entbot dem Gericht und allen Beteiligten schriftlich den Gruß des Götz von Berlichingen, ein anderer trug einen Reichsadler mit der Forderung „Nur der Freiheit gehört unser Leben“ durch den Gerichtssaal. Ein dritter behielt während der gesamten Verhandlung eine militärähnliche Kappe auf dem Kopf, ohne daß das Gericht einschritt. Richter Heydorn betonte in seiner Urteilsbegründung denn auch, daß die Angeklagten nicht wegen ihrer unverkennbaren rechtsradikalen Weltanschauung, sondern wegen ihrer Tatbeteiligung sowie wegen der „Sinnlosigkeit und Unglaublichkeit dieses Geschehens“ verurteilt worden seien. Daß durch den Überfall dem Ansehen Deutschlands und dem Tourismus des Landes Mecklenburg-Vorpommern ein großer Schaden zugefügt worden war, wollte der Richter nicht bestreiten: „Der Schaden wäre nicht so groß, wenn die Sache nicht immer wieder publik gemacht worden wäre.“ Sebastian Bähr

Buchwochen keine Plattform mehr für rechtsextreme Verlage?

Platzverweis

Der baden-württembergische Wirtschaftsminister Walter Döring (FDP) will das Stuttgarter Haus der Wirtschaft nur unter der Bedingung wieder für die Buchwochen im Herbst öffnen, wenn der rechtsextreme Grabert-Verlag ausgeschlossen bleibt. Bei Deutschland drittgrößter Bücherschau war es im letzten Jahr zum Eklat gekommen. Der Verband Deutscher Schriftsteller, DGB und SPD hatten zu einem Boykott der Eröffnungsveranstaltung aufgerufen und zu einer improvisierten Gegenveranstaltung ins DGB-Haus geladen. Zum Thema „Deutsche Mitläufer – von der Duldung zur Diktatur“ diskutierten der Rechtsanwalt, Autor und jetzige VS-Vorsitzende Prof. Fred Breinersdorfer, der Historiker Prof. Dr. Eberhard Jäckel und die Publizistin Franziska Hundseder, Autorin dieses Beitrags. Die SPD brachte im Landtag einen Antrag ein, in dem die Landesregierung aufgefordert wurde, die Genehmigung der Stuttgarter Buchwochen künftig an Bedingungen zu binden, daß rechtsradikale Verlage nicht noch einmal Gelegenheit erhalten, direkt oder indirekt für ihre Produkte zu werben.

Das war für Wigbert Grabert eine Sternstunde: Auf der Frankfurter Buchmesse 1985 besuchte der Bundeskanzler den Stand des Grabert- und des Hohenrain-Verlages. Verleger Wigbert Grabert durfte dem Kanzler sein „Handbuch zur Deutschen Nation“ in die Hand drücken. Die Szene wurde natürlich fotografiert, der Kanzler blättert in dem Tübinger Machwerk und plaudert mit dem Verleger. Grabert benutzte die Aufnahme zur Werbung in seinem Prospekt. Eine bessere Publicity konnte es nicht geben. 1996 besann sich Grabert wieder auf Helmut Kohl. In einer Anzeige in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung warb er für das Buch „Das Ende der D-Mark“ – mit Beiträgen von Bundeskanzler Helmut Kohl (CDU), Altbundeskanzler Helmut Schmidt (SPD), Bayerns Ministerpräsident Edmund Stoiber (CSU), Bundesbankpräsident Hans Tietmeyer und anderen. Die Anzeige stammte nicht von dem einschlägig bekannten Grabert-Verlag, denn das Buch wurde von einer GIE-Edition verlegt, das heißt German International Editions GmbH. Sie ist beim Handelsregister Tübingen eingetragen. Gesellschafter: Wigbert Grabert mit 48 000 Mark und Marie-Luise Grabert mit 2 000 Mark. Doch die „Beiträge“ der Prominenten wur-

den nicht speziell für dieses Buch verfaßt, wie die Werbung suggeriert, sondern sind öffentlich zugängliche Reden, die eben nachgedruckt wurden. Beispielsweise besteht der „Beitrag“ Tietmeyers aus seiner Rede vor dem Deutschen Bankentag 1995. Mit diesem Trick spannte Grabert wieder Helmut Kohl und andere Prominente vor seinen Karren.

Programmschwerpunkt im „revisionistischen“ Bereich

Dieses Tricksen hat System: Um zu seiner „klassischen“ Käuferschicht rechtsaußen ein neues Publikum dazu zu gewinnen, benutzt Grabert Prominente, die dann von ihm vorgeführt werden, und Buchmessen, die reputierliche Foren für seine propagandistischen Zwecke abgeben. „Allmählich ist der Grabert-Verlag der einzige Verlag, der schwerpunktmäßig revisionistische Werke auf der Buchmesse vorstellt“, schrieb Wigbert Grabert, solange er noch in Frankfurt präsent war. Revisionismus, das heißt Leugnen der millionenfachen Vernichtung von europäischen Juden in den Gaskammern des Dritten Reiches und Leugnen der Verantwortung am Ausbruch des Zweiten Weltkriegs. Über die Bücherschauen von Stuttgart und Karlsruhe schreibt Grabert in seinem Euro-Kurier: „Diese kostenfrei zugänglichen Buchausstellungen werden jeweils von vielen Zehntausenden von Interessenten, darunter ganzen Schulklassen, besucht.“ Wann kommt die rechtsextreme Verlagsgruppe sonst schon mit ganzen Schulklassen in Kontakt?

Dies allein wäre Grund genug, um die jüngste Entscheidung des baden-württembergischen Wirtschaftsministers Walter Döring zu begrüßen. Der hat nämlich beschlossen, das Haus der Wirtschaft in Stuttgart nur dann wieder für die Bücherschau zu öffnen, wenn die rechtsextremen Tübinger außen vor bleiben. Der Minister hat schließlich das Hausrecht und muß sich nicht von einem braungefärbten Verleger auf den Kopf herumtanzen lassen. Dabei geht es nicht um „irgendeinen“ rechtsextremen Winzlingsverlag oder um einen „Kleinverleger von einigen höchst unappetitlichen Büchern“, wie die Stuttgarter Zeitung schrieb, sondern um einen der größten deutschen rechtsextremistischen Verlage mit Programmschwerpunkt im „revisionistischen“ Bereich. So sieht es der jüngste Bericht des Landesverfassungsschutzes.

Der Tübinger Verlag ist geradezu ein Standard Verlag der Holocaust-Leugner und derer, die die Geschichte des Dritten Reiches umschreiben wollen. Verlagsgründer Dr. habil. Herbert Grabert, Jahrgang

1901, war vor 1945 in Rosenbergs berüchtigtem „Reichsministerium für die besetzten Ostgebiete“ tätig, lehrte aber auch an der Universität Würzburg. Nach dem Krieg wurde er nicht in den Staatsdienst übernommen, und auch die demokratische Presse verzichtete auf seine Feder. Schon seit 1960 ist der Grabert-Verlag immer wieder in juristische Händel verstrickt. Damals wurde Grabert als Autor von „Volk ohne Führung“ vom Bundesgerichtshof zu neun Monaten Gefängnisstrafe auf Bewährung verurteilt. Er übersetzte dann den ersten rechtsextremen Bestseller, nämlich David Hoggans „Der erzwungene Krieg“, in dem die Schuld des Dritten Reiches am Ausbruch des Zweiten Weltkriegs geleugnet wird. (Hoggans Machwerk liegt heute beim Grabert-Verlag schon in der 16. Auflage vor.) Andere Bücher verharmlosen die Judenverfolgung. So brachte Grabert auch den „Auschwitz-Mythos, Legende und Wirklichkeit“ heraus. Dieses Buch wurde 1982 durch Urteil des Landgerichts Stuttgart eingezogen. Seinem Verfasser Wilhelm Stäglich aus Badenweiler wurde deswegen von der Universität Göttingen 1986 der Dokortitel aberkannt. Am 15. Juni 1996 wurde Wigbert Grabert, der den Verlag seit 1972 führt, in Zusammenhang mit dem Buch „Grundlagen zur

Zeitgeschichte“ wegen Volksverhetzung, Beleidigung und Verunglimpfung des Andenkens Verstorbener zu einer Geldstrafe von 30 000 Mark verurteilt. Dagegen hat Grabert Berufung eingelegt. Eine Entscheidung ist noch nicht ergangen.

Der zweite Verlag, der mit Grabert verbunden ist, der Hohenrain-Verlag, ist eher ein Verlag der Neuen Rechten. Mit Büchern des Franzosen Alain de Benoist, dem Kopf der französischen Nouvelle Droite, sollen deren Inhalte in Deutschland populär gemacht werden. Als Renner dieses Hohenrain-Verlags erwies sich das Handbuch zur Deutschen Nation, mit dem der Kanzler fotografiert wurde. In dem üblen antisemitischen Hetzblatt „Sieg“ aus Österreich wurde mit dem Lobpreis für das Buch geworben, jetzt sei der Nationalismus wieder wissenschaftlich anerkannt. Beigesprungen sind den rechtsextremen Verlagen aus Tübingen die „Republikaner“ im Landtag. Sie forderten den Wirtschaftsminister auf, sein Ultimatum zurückzunehmen. Jetzt ist der Verband der Verlage und Buchhandlungen, bei dem Grabert Mitglied ist, am Zuge. Der Minister, der Hausherr ist, und die Stadt Stuttgart, die einen Zuschuß von ca. 12 000 Mark gibt, haben gehandelt und ein wehrhaftes Verhalten der Demokraten gezeigt.

Franziska Hundseder

Hetendorf - ein stetiges Ärgernis

Von Siegfried Vergin MdB

Das Land Niedersachsen hat die siebte Hetendorfer Tagungswoche zunächst verboten; dann konnte das rechtsextremistische Neuheiden-Spektakel aber doch im Juni stattfinden. Das wäre alles zu vermeiden gewesen, wenn die Bundesregierung im Vorfeld aktiv geworden wäre:

Der bekannte Rechtsextremist Jürgen Rieger ist maßgeblich verantwortlich für die Planung der jährlich stattfindenden „Hetendorfer Tagungswoche“. Seit Mitte 1996 ist Rieger auch Vorsitzender des Trägervereins des niedersächsischen Hetendorf-Komplexes – ein bundesweit bedeutendes rechtsextremes Schulungszentrum. Nach dem Verbot der Wiking-Jugend haben sowohl das Land Niedersachsen, als auch die Freie und Hansestadt Hamburg beim Bundesinnenministerium auf ein Verbot des Trägervereins des Hetendorf-Komplexes hingewirkt. Die Sachlage ist klar: Der „Heide-Heim e.V.“ hat in Hamburg seinen Vereinssitz, ist

aber aktiv in Niedersachsen. Demnach ist das BMI gemäß § 3, Nr. 2, Vereinsgesetz die zuständige Verbotsbehörde. Herr Kanther sieht das nicht so oder will es aus dann nur ihm bekannten Gründen nicht so sehen. Der Bundesinnenminister negiert sogar, daß mehrere Verbotsgründe vorliegen. Der Trägerverein stellt seine Räumlichkeiten zahlreichen rechtsextremistischen oder neonazistischen Organisationen zur Verfügung, die sich gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung richten. Die Mitgliedervereine des Trägervereins wie der „Nordische Ring e.V.“ oder die „Gesellschaft für biologische Anthropologie, Eugenik und Verhaltensforschung e.V.“ werden vom Verfassungsschutz beobachtet. Was gibt es beim Innenminister zu überlegen? Nach Informationen aus Niedersachsen hat Herr Kanther das Begehren der Innenminister von Niedersachsen und der Freien und Hansestadt Hamburg aber 1996 abgelehnt. Ich befürchte, er will auch noch die achte Hetendorfer Tagungswoche im nächsten Jahr miterleben. Ich frage mich nur warum?

(Siegfried Vergin ist Sprecher der Projektgruppe „Bekämpfung von Rechtsextremismus und Gewalt“ der SPD-Bundestagsfraktion)

Rechenschaftsbericht für 1995

Freudige Spender

Greift man aus dem Bericht der Präsidentin des Deutschen Bundestages über die Rechenschaftsberichte der politischen Parteien die hier interessierenden drei rechten Gruppierungen – „Deutsche Volksunion“, NPD und die „Republikaner“ – heraus, so fällt zunächst auf, daß die Spendenbereitschaft diesen Organisationen nach wie vor ein gutes Auskommen beschert. So beträgt das Verhältnis zwischen Mitgliedsbeiträgen und Spenden bei der DVU etwa 1:5; bei der NPD ist das Spendenaufkommen (1,1 Mio DM) etwa doppelt so hoch wie das Beitragsaufkommen (0,57 Mio DM), wobei die Gebefreudigkeit in Schleswig-Holstein, Niedersachsen, Bremen, Nordrhein-Westfalen, Hessen und Bayern bis zum Zehnfachen des Beitragsaufkommens reicht. Bei den REP ist das Verhältnis der Mitgliedsbeiträge (1 Mio DM) zu den Spenden (3,5 Mio DM) ähnlich ausgeprägt wie bei der DVU; deutlich erhöht ist die Bereitschaft zu Spenden an die REP in den Stadtstaaten und dem Saarland, aber auch in Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen und Sachsen-Anhalt.

Im Finanzbericht der DVU fällt nach wie vor der hohe Schuldposten „sonstige Verbindlichkeiten“ (ca. 8,5 Mio DM) auf, bei dem es sich mit ziemlicher Sicherheit vor allem um die Verbindlichkeiten gegenüber Dr. Frey handeln dürfte; setzt man dagegen die Zinsausgaben beim Bundesverband in

Höhe von ca. 600 000 DM, so ergibt dies eine stattliche jährliche Verzinsung von siebeneinhalb Prozent. Bei den Wahlkampfausgaben herrschte 1995 eine gewisse Zurückhaltung: Die DVU hat für die Wahlen zur bremischen Bürgerschaft und die Kommunalwahl in Bremerhaven mit ca. 1 Mio DM nur ein Fünftel ihrer Gesamtausgaben aufgewandt; die NPD flächendeckend ein Drittel, bei den REP war es mit 4,2 Mio DM, gleichfalls flächendeckend, mehr als die Hälfte der Gesamtausgaben von 7,6 Mio DM. Anders als die von ihrem Vorsitzenden Dr. Frey finanzierte DVU, bedienen sich die REP zu einem großen Teil aus Bankkrediten (0,7 Mio DM), während auch die NPD auf nicht ausgewiesene Gläubiger zurückgreifen kann.

Hinsichtlich der Zuwendungen interessieren naturgemäß die Einzelspender, als die genannt werden: – bei der DVU Jack de Mathan aus Villingen mit 275 TDM; die Eheleute König aus Neunkirchen mit 480 TDM,

– den „Republikanern“ sind drei knapp über die Ausweisungsgrenze von 20 000 DM liegende Einzelspenden zugegangen,

– die NPD erwähnt lediglich eine Einnahme aus der Erbschaft Krieg.

Was die Vermögenslage insgesamt anlangt, so sind die „Republikaner“ mit einem Reinvermögen von 4,2 Mio DM deutlich wohlhabender als noch im Vorjahr 1994 (1,5 Mio DM); aber auch die NPD ist mit 2 Mio DM reicher geworden (Vorjahr 1,1 Mio DM). Lediglich die DVU vermag sich als hoch verschuldet darzustellen als Schuldnerin ihres Vorsitzenden.

KHR

ZWISCHENRUF

Amtlicher Segen

Daß die deutsche Staatsanwaltschaft die objektivste Behörde der Welt ist, läßt sich weder belegen, noch bestreiten. Daß aber auch Staatsanwälte Menschen sind, ließ der Münchner Strafverfolger Oberstaatsanwalt Helmut Meier-Staude spüren, der sich nicht anders als die CSU offenbar über die in München gezeigte Wehrmachtsausstellung gegiftet hatte. Der Zufall muß es gefügt haben, daß ihm in dienstlicher Eigenschaft eine Strafanzeige des Jürgen Schützinger, Spitzenfunktionär der „Deutschen Liga für Volk und Heimat“, im Namen eben dieser wegen „Volksverhetzung, Beleidigung, übler Nachrede und Verleumdung“ auf den Tisch kam. Hätte jeder gute Beamte sich angesichts der rechtlichen Unhaltbarkeit

eines solchen Vorwurfs beeilt, eine Einstellungsverfügung zu schreiben, so scheint Meier-Staude, wie die Leonberger Kreiszeitung berichtete, die Gelegenheit genutzt zu haben, dem Ausrichter der Ausstellung und ihrem Förderer alles das hinzureiben, was er ohnehin einmal hatte sagen wollen. Daß „sehr einseitig Untaten der Wehrmachtsangehörigen“ präsentiert und die Opfer der Partisanentätigkeit nebst den sowjetischen Übertretungen der Pflicht zu humaner Kriegsführung unterschlagen wurden. Schließlich sei zu kritisieren, daß das, in einschlägigen Landerschriften reichlich belobigte, „ehrenhafte Verhalten“ in der Armee weggeblieben und daß überdies gefälschte Bilddokumente, auch das ist aus einschlägigem revisionistischem Schrifttum bekannt, verwendet worden seien. Man darf davon ausgehen, daß ein solcher quasi-amtlicher Segen dankbar aufgenommen werden wird.

JF-Chefredakteur unter Beschuß

Nur ein bißchen rechts

Dieter Stein, Chefredakteur der Wochenzeitung „Junge Freiheit“ hat „neurechten“ Strategien eine Absage erteilt und setzt lieber auf den parlamentarischen Erfolg der Rechten. Die Auflagenhöhe seines Blattes scheint Stein indes wichtiger zu sein als ideologische Bekenntnisse.

Das Urteil Günter Maschkes, die deutsche Rechte habe keine Zukunft, weil ihr intellektuelles Niveau so miserabel sei, gilt auch für Möchtegern-Intellektuelle und -Strategen wie Dieter Stein, dessen „Junge Freiheit“ zwar das „Gesamtprogramm der Neuen Rechten“ (Gessenharter) vertreten soll, der aber trotzdem noch immer nicht deren zentrale Strategie der Metapolitik begriffen hat. Diese betrachtet er als „Holzweg der Rechten“. Zunächst jammert er in dem so betitelten Beitrag, damit den Konsens im eigenen Lager beschwörend, über die „political correctness“, die es verhindere, daß Felder wie „etwa die Bevölkerungswissenschaft oder die Geopolitik“ in Deutschland „selbstverständlicher Gegenstand der öffentlichen Debatte“ werden. Im Widerspruch dazu bezeichnet er dann die Strategie der Erringung der kulturellen Hegemonie als „grotesk“ und als „nicht gut überlegte Adaption eines Konzepts der französischen Nouvelle Droite“, denn es fehle „in jeder Hinsicht die personelle Basis“. Er kommt zu dem Schluß: „Strategien sind Sache von Organisationen, von Parteien oder organisierten Bewegungen. Sie verlangen geplantes, koordiniertes Handeln.“ (JF 8/97, S.13)

Wahrscheinlich handelt es sich bei diesem Beitrag auch um eine vorbereitende Maßnahme auf die zweite Runde der juristischen Auseinandersetzung mit dem Verfassungsschutz NRW wegen der Erwähnung im dortigen VS-Bericht. Mit der Distanzierung von der Strategie der Metapolitik schiebe ein Kriterium aus, das der VS zur Charakterisierung als neurechts heranzieht. Daneben kommt der alte Anti-Intellektualismus der Rechten hier zu neuer Blüte. Der junge Stein outet sich als alter Rechter. Sollte es Stein wirklich entgangen sein, daß der GRECE 1968 mit weniger Mitgliedern begonnen hat als die „Junge Freiheit“ in den wenigen Jahren ihres Bestehens an Redakteuren verschlissen hat? Stein geht den einfacheren Weg, der auch die Auflage sichert, da er wohl von der Mehr-

heit der Leser geteilt wird: er setzt auf die Parteien, den Einzug in die Parlamente.

Abkehr von den Schmutzkindern

Die Option Steins ist weder neu noch originell. Bereits am 3. Mai 1989 schrieb er seinem damaligen Mitarbeiter Markus Beisicht: „Ja wer gehört denn zu dieser ‘Neuen Rechten’??? (...) Es gibt doch niemanden, der sich ernsthaft als ‘Neuer Rechter’ bezeichnet. (...) Es scheinen eben die Republikaner zu sein, die als erste diesem undisziplinierten Haufen eine politische Stoßrichtung verleihen, neben den ungelesenen Blättchen, die die Herrschenden zum Schmunzeln und verstaubte Soziologiestudenten vielleicht zu Dissertationen anregen. (...) Man wird in Zukunft unterscheiden müssen zwischen denen, die politisch ihre Jungfräulichkeit behalten wollen und denen, die tatsächlich in die Bresche springen, da nun die Gelegenheit da ist die Dinge zu korrigieren.“ Der Unterschied zu Steins heutiger Position besteht nur darin, daß er jetzt auf den „Bund Freier Bürger“ setzt, da dieser in der öffentlichen Diskussion weniger belastet ist. Heute will sich der Chefredakteur nicht mehr an den „Republikanern“ die Finger schmutzig machen.

Ergänzend urteilt er in einem Leserbrief an „Europa Vorn“ am gleichen Tag: „In Frankreich mag es tatsächlich eine rechte Intelligenz geben, die sich als ‘Nouvelle droite’ kennzeichnet, in Westdeutschland kenne ich jedoch kaum jemand, der sich als ‘Neuer Rechter’ bezeichnet. Das klingt so nach aprilfrischer Weste, mit der man sich mit antifaschistischer Jungfräulichkeit von den blutbesudelten Jacken älterer Generationen abhebt. Es gibt eben keine Homogenität in diesem bislang diffusen nonkonformen Lager unabhängiger Geister, das sich nun mehr und mehr den Republikanern verschreibt.“

Die „neu“rechte metapolitische Strategie teilt Stein also offenkundig nicht. Entscheidendes Kriterium ist für ihn die Wahrscheinlichkeit des direkten Erfolgs oder Einflusses. Deshalb ist seine Aussage kurz vor der Umwandlung der JF zur Wochenzeitung kein Ausdruck einer metapolitischen Orientierung, sondern einer momentanen parteipolitischen Orientierungslosigkeit und des Betonens der Wichtigkeit seines Projekts: „Daß sich der Konservatismus gerade nicht um Parteien gruppierte, sondern um Zeitschriften, Zirkel und couragierte Persönlichkeiten, wird gerne vergessen. Inzwischen scheint sich diese Erkenntnis wieder

durchzusetzen, daß das Zentrum nicht eine Partei sein kann, sondern ein vielfältiges politisches, kulturelles und publizistisches 'Kapillarsystem' (Weißmann), durch das konservative Vorstellungen in breite Schichten sickern können.“

Opportunismus und Einflußstreben sind die beiden prägenden Grundzüge im Denken Steins. Hatte er sich nach seiner Mitgliedschaft bei der Jungen Union zunächst den „Republikanern“ und danach deren Abspaltung „Freiheitliche Volkspartei“ angeschlossen und seine Zeitung in großer Nähe zu ihrer Jugendorganisation gegründet (beider Postfach war zeitweise identisch), so verließ er die FVP wieder als der Erfolg ausblieb, und wandte sich nach einer Schamfrist wiederum den REP zu, die gerade auf der Erfolgswelle schwammen.

„Kollaborateur des Systems“

All dies widerspiegelt sich in der inhaltlichen Ausrichtung und Schwerpunktsetzung des Blattes. Zwar sind dort gelegentlich Beiträge „neu“ rechter Ideologie zu finden, doch gilt dies vorwiegend für die „Forum“-Seite mit ihrem Debattencharakter, den Kulturteil oder einen Teil der Interviews. Der politische Kernbereich dagegen war stets fest in der Hand der realpolitisch orientierten Kräfte. Die wenigen (früheren) Redakteure des Blattes, die von ihrer Ideologie her tatsächlich der „Neuen“ Rechten zugerechnet werden können, verfaßten relativ selten Beiträge. Die JF kann für nahezu die gesamte Dauer ihres Bestehens als ein rechtsextremes Bündnisprojekt bezeichnet werden, wobei nach und nach immer mehr Strömungen ausgeschieden wurden, da sie für den Erfolg des Unternehmens als überflüssig oder kontraproduktiv erschienen. Die „neu“ rechten Anteile innerhalb der Redaktion und der Autorenschaft waren stets minoritär.

In der ersten Ausgabe der „Thule-Briefe“ des Kasseler Thule-Seminars erfolgte umgehend ein Verriß Steins: „Manche Schelme lesen JF als Junge Feigheit. Das ist ein Fehler: jung ist sie nicht. Sie ist so alt wie die alte Rechte des Systems. (...) Prachtbeispiel dafür sind die Phrasen von Dieter Stein über metapolitische Strategie und seine Sorgen um kulturelle Hegemonie. (...) Das ist alles eine halbgedachte Aufwertung von Gemeinplätzen. Denn nach derselben Steinschen Logik könnte man auch behaupten: Von Innenpolitik/Außenpolitik/Wirtschaft/Erziehung usw. darf nur reden, wer sie verwirklichen kann. Aus der Tatsache, daß die JF nichts davon verwirklichen kann, sollte Stein ein Schweigegebot ableiten. (...) Aber vielleicht ver-

steht sich Stein letztendlich nicht als Widerständler des Geistes, sondern eher als kritischer Kollaborateur des Systems...“

Jürgen Hatzenbichler geht in seiner Entgegnung auf Stein in der JF wenige Wochen später differenzierter vor. Er unterscheidet zwei Formen der „Neuen“ Rechten. Einmal diejenige, „die das Projekt... als eine Modernisierung der extremen Rechten verstanden haben“. Diese Fraktion sei „problematisch“, da es lediglich um ein „Aufmotzen“ auf das Niveau der Konservativen Revolution gehe. Dann diejenige, „die vornehmlich aus Konservativen... oder Nationalliberalen... besteht.“ Gemeint sind jene Gruppierungen und Institutionen, die an einer Radikalisierung des Konservatismus bzw. einer Umformung des Liberalismus zum Neoliberalismus arbeiten. Über sie urteilt er kurz und vernichtend: „Brave Bürger also, nur ein bißchen rechts.“ Ein Schlag ins Gesicht des „braven Bürgers“ Dieter Stein, dessen Zielgruppe gerade diese „braven Bürger“ sind. Was soll die „Neue“ Rechte aber dann sein? „Vielleicht Rechtsintellektuelle“, meint Hatzenbichler, „die anarchistischer vorgehen, als daß sie sich in irgendeinen Dogmatismus einbinden lassen würden, die damit auch verhindern, daß sie sich selbst blenden lassen. Die nüchterne Erkenntnis ist, daß es keinen Trost und keine Erlösung gibt. (...) Der Rechtsintellektuelle bestimmt sich eben dadurch, daß er sich einer ausgesprochenen Illusionslosigkeit hingibt.“ (JF 16/97, S.10)

Solche Überlegungen jedoch scheinen jedoch JF-Chefredakteur Stein gleichgültig. Ihm geht es um den Verkaufserfolg. Den er nach der Strafanzeige wegen Konkursverschleppung durch seinen ehemaligen Geschäftsführer Meidinger auch nötiger hat denn je.

Jean Cremet

PERSONALIE

Seefeld (Obb.) – Der ehemalige Dachau-Häftling Professor Heinz Dietrich Feldheim ist am 22. April in Seefeld (Kreis Starnberg) kurz vor seinem 89. Geburtstag gestorben. Dies vermeldete die „Süddeutsche Zeitung“ in ihrer Ausgabe vom 13. Juni. Feldheim war im Juni 1936 verhaftet und wegen Hochverrats nach Dachau gebracht worden, wo er 14 Monate lang im Bunker in Einzelhaft verbringen mußte. Im September 1938 wurde er nach Buchenwald verlegt. 1939 gelang ihm die Emigration nach England. 1966 kehrte Feldheim auf Bitten des damaligen Münchner Oberbürgermeisters Vogel nach Deutschland zurück.

Nationalliberale Strömung in der FDP

Haider-Fans

Nach der eindrucksvollen Bestätigung von Wolfgang Gerhardt in seinem Amt als Bundesvorsitzender auf dem FDP-Parteitag in Wiesbaden zeigte sich der neurechte Ideologe Karlheinz Weißmann enttäuscht. In der rechtsextremen Wochenzeitung „Junge Freiheit“ wehklagte er darüber, daß Gerhardts Gegenkandidat, der hessische FDP-Landtagsabgeordnete und Mitinitiator der „Liberalen Offensive“, Heiner Kappel, „nur“ 64 der 647 abgegebenen Stimmen erhielt. Dies sei, so Weißmann, „nicht genug, um auch nur als Achtungserfolg gewertet werden zu können.“ Hoffnung auf eine baldige nationalliberale Machtübernahme der FDP setzt Weißmann nun nicht mehr, da die Kappel-Fraktion „gegenwärtig nicht einmal in der Lage“ sei, „Proteststimmen für sich zu gewinnen.“

Kappel gilt, neben Alexander von Stahl, als der „wichtigste Protagonist“ der „Nationalliberalen“ in der FDP („Criticon“; Heft 151). Die gesamte rechte Presse feierte sein gutes Abschneiden bei den hessischen Kommunalwahlen am 9. März d. J., wo er in seiner Heimatstadt Bad Soden 17,6 Prozent erzielte.

Der einstige Pfarrer ist Mitbegründer der von der revanchistischen Wochenzeitung „Das Ostpreußenblatt“ permanent hochgelobten „Liberalen Offensive“ in der FDP (Anzeigen werden in Tageszeitungen geschaltet), die eine Abstimmung in der FDP über die „Abschaffung der D-Mark und die Einführung des EURO“ herbeiführen will. Im parteipolitischen Spektrum möchte Kappel die FDP „rechts von der CDU“, wie er in einem Interview mit der „jungen Welt“ (16. Mai) bekannte, einordnen.

Im Juni vergangenen Jahres zog sich Kappel beim Landestreffen des Sozialverbandes VdK Hessen den Zorn von mehr als 4 000 Besuchern zu. In seinem Grußwort hatte Kappel behauptet, es gäbe keine Armut in der Bundesrepublik. Es täte ihm leid, wenn man bei Behinderten ein paar Millionen sparen müßte. Um das zu vermeiden, sollten sich die Behinderten für die Abschiebung unberechtigter Asylbewerber einsetzen. Dann könnte man Milliarden sparen und den Behinderten geben, was sie wollten.

Eine FDP „rechts von der CDU“

Kappel, „Befürworter einer stramm rechtskonservativen Politik“ („Frankfurter Rundschau“ v. 1. Juli 1996), klopft nicht nur rechtspopulistische Sprüche, sondern zeigt offenbar auch keine Scheu im Umgang mit der politischen Rechten.

Wie das Blättchen „Frieden 2000“ von Alfred Mechttersheimer zu berichten weiß (7-8/1996), will Kappel „die Bemühungen“ des „Bündnisses Konstruktiver Kräfte Deutschlands“ (BKKD), einer Dachorganisation ultrarechter Mini-Parteien und Sektierergruppchen, „zur entscheidenden Korrektur politischer Verkrustungen tatkräftig“ unterstützen. Als Sprecher des Bündnisses fungiert Lothar Lauck, 1980 NPD-Bundestagskandidat sowie 1990 REP-Bundestagskandidat.

Beim BKKD arbeitet u. a. die rechtspopulistische FDP-Abspaltung „Bund Freier Bürger“ (BFB) mit. Kappel über den BFB: Der „Bund Freier Bürger müßte nicht sein. Wenn wir uns mutiger geben würden, könnten wir all diese Positionen selbst übernehmen. Abgesehen davon, daß ich es heute noch bedaure, daß Manfred Brunner die Partei verlassen hat.“ (JF 12/97)

Gerngesehener Referent ist Kappel bei den „Konservativen Gesprächs- und Arbeitskreisen in Deutschland und Österreich“; ein Vortragstermin führte ihn am 13. Juni in die badische Stadt Karlsruhe.

Symbolfigur der „neuen Rechten“

Exponierter Vertreter des nationalliberalen Flügels der FDP ist neben Kappel der Berliner Rechtsanwalt Alexander von Stahl; beide fungieren auch als Herausgeber des Bandes „Für die Freiheit - Plädoyer für eine liberale Erneuerung“ (Verlag Ullstein, Berlin 1996), in dem u. a. das Fazit gezogen wird: „Das politische Establishment rückt nach links und läßt den Wähler rechts heimatlos.“ (O-Ton Erwin Scheuch).

Von Stahl, der sich selbst als „Law-and-order-Mann“ bezeichnet, wurde 1993 nach der „Anti-Terror-Aktion“ in Bad Kleinen von der damaligen Bundesjustizministerin Leutheusser-Schnarrenberger des Amtes als Generalbundesanwalt (1990-1993) enthoben. Heute ist von Stahl, wie Friedrich Karl Fromme in der FAZ (8. Juni 1995) schreibt, eine Symbolfigur der „neuen Rechten“ in der FDP. Lautstark machte von Stahl in seiner Partei Ende Oktober 1994 auf sich aufmerksam, als er mit dem

Papier „Berliner Positionen einer liberalen Erneuerung“ an die Öffentlichkeit trat. Darin erteilte er dem „linkslastigen Kurs seiner Partei eine Absage“ und rief diese dazu auf, „eine Position rechts von der Mitte einzunehmen.“ („Der Selbständige“, 4/1994)

Im Folgejahr, im Oktober 1995, war von Stahl Stargast beim „Cannstatter Kreis“, einem Zusammenschluß „nationalliberaler“ Freidemokraten und heimatloser Rechter, der nach einem Streit um die Einladung von Jörg Haider (FPÖ) durch die lokale FDP entstanden war. Über die Podiumsdiskussion mit von Stahl, zu der ebenfalls der Ultranationalist Alfred Mechtersheimer und JF-Chefre-

dakteur Dieter Stein angereist waren, berichtete die „Junge Freiheit“. Daneben ist von Stahl auch geschätzter Referent bei der rechtsklerikalen „Evangelischen Notgemeinschaft in Deutschland e.V.“ und bei der strammrechten „Aktionsgemeinschaft Recht und Eigentum e.V.“.

Die beiden FDP-Rechtsaußen basteln an einer „Nationalen Offensive“ a'la Jörg Haider („Süddeutsche Zeitung“ v. 5. April 1997). Mit von der Partie sind u. a. noch: Achim Rohde (Ex-FDP-Fraktionsvorsitzender von Nordrhein-Westfalen), Klaus Rainer Röhl (Ex-Konkret-Herausgeber) und Rainer Zitellmann (zeitweilig PR-Mann der „Neuen Rechten“)

Anton Maegerle

Pfadfinder auf Abwegen

Das Amtsgericht Ettlingen hat den langjährigen ehemaligen Vorsitzenden des „Pfadfinderbundes Süd“ (PBS), Dieter Scholtz, vom Vorwurf der Beleidigung und Verunglimpfung des Andenkens Verstorbener freigesprochen. Die Staatsanwaltschaft hatte wegen der unklaren Lage, im Zweifel für den Angeklagten, Freispruch gefordert. Richter Ulrich Bund sah zwar Anhaltspunkte für strafrechtlich relevante Äußerungen des 57jährigen Scholtz, diese hätten jedoch den maßgeblichen Veranstaltungen im Februar 1992 und im Januar 1994 nicht eindeutig zugeordnet werden können. Zwei Belastungszeugen konnten sich aber erinnern, daß der Angeklagte den Massenmord an den europäischen Juden geleugnet hatte. Außerdem hätten Kopien des holocaustleugnenden „Leuchter-Reports“ bei einer Veranstaltung ausgelegt. Der Richter ließ keinen Zweifel an der Glaubwürdigkeit der beiden Zeugen. Zu den von Strafverteidiger Tilmann Müller aus Stuttgart aufgebotenen Entlastungszeugen gehörte auch der amtierende PBS-Vorsitzende Peter Senger, ein Polizeibeamter aus Pforzheim, gegen den zeitweilig selbst ermittelt worden war. Gegen neun Mitglieder des PBS waren die Ermittlungen wegen des Verdachts der Volksverhetzung bereits Anfang 1996 eingestellt worden. Die von der Verteidigung geladenen Zeugen bestritten entweder vehement, daß die entsprechenden Äußerungen gefallen seien, oder sie konnten sich zumindest daran nicht erinnern. Weitere strafbare Äußerungen von Scholtz konnten wegen Ver-

jähung in das nun abgeschlossene Verfahren nicht einbezogen werden.

Den „Leuchter-Report“ rein privat

Der „Pfadfinderbund Süd“ wurde 1967 von dem Grund- und Hauptschullehrer Scholtz aus Karlsbad (Landkreis Karlsruhe) gegründet, dieser war bis 1990 auch Vorsitzender. Bis 1995 übte Scholtz dann eine Art Geschäftsführerfunktion aus. Im selben Jahr kamen die Ermittlungen gegen die wegen rechtsextremer Umtriebe ins Gerede gekommenen Pfadfinder ins Rollen (vgl. BNR 17/95). Dem war eine Anzeige vom Oktober 1994 vorausgegangen. Bei einer Hausdurchsuchung im April 1995 wurde revisionistisches Material, darunter der „Leuchter-Report“, gefunden. Scholtz behauptete, daß es sich dabei um private Unterlagen handele, die „mit den Pfadfindern nichts zu tun“ hätten. Dieter Scholtz ist im übrigen der Sohn von Gertrude Scholtz-Klink, die 1934 „Reichsfrauenführerin“ wurde, nachdem sie zuvor die NS-Frauenschaft im Gau Baden und danach im Gau Hessen aufgebaut hatte. 1932 gründete sie die „Arbeitsgemeinschaft für den weiblichen Arbeitsdienst“. Dem heute noch aktiven „Pfadfinderbund Süd“ gehören etwa 1.000 Mitglieder in acht Stämmen an. Seit Dezember 1995 geben einige PBS-Gruppenführer die Zeitschrift „Cogito“ heraus. Herausgeber ist ein A. Hentschel, der wie Scholtz ebenfalls in Karlsbad wohnhaft ist. Geworben wird für „Cogito“ auch in der rechtsextremen Wochenzeitung „Junge Freiheit“.

Ulrike R. Kreutzer

Meinungsvielfalt und sozial-
demokratische Grundsätze

„Sprechsaal“ für wen?

In der Redaktion der SPD-Theoriezeitschrift Neue Gesellschaft ist es zu einem Konflikt über die Absicht des Chefredakteurs Peter Glotz gekommen, sich mit dem Rechtskonservativen Ulrich Schacht „demnächst systematischer auseinanderzusetzen“. Anlaß dafür war ein Text über Ernst Jünger, dessen Autor sich kritisch – allerdings denkbar marginal – mit dem Feuilletonredakteur der Welt am Sonntag befaßt hatte.

Schacht, so läßt Glotz seine Leser wissen, sei nach Haft in Bautzen und Abschiebung in die Bundesrepublik zeitweilig SPD-Mitglied gewesen. Da „sein Lebenslauf nicht so gleichgültig“ sei – wessen Lebenslauf ist das schon – und die Neue Gesellschaft, „wie bekannt“, ein „Sprechsaal“, solle man sich mit ihm befassen.

Auf dem Berliner Bundesparteitag der SPD 1979 hatte, wie bekannt, die vormalige Gattin des nachmaligen NG-Chefredakteurs in einer Richtungsdebatte ihre Partei davor gewarnt, wie ein Pfannekuchenteig auseinanderzufließen. Das war damals eine Warnung an die SPD, für die es heute weniger Gründe gibt als damals, die dennoch an Aktualität nicht verloren hat. Nun mag man fragen, wen es aufregt, wenn sich ein Blatt, das nicht zu den meistgelesenen in Deutschland gehört, einem Nationalkonservativen öffnet, der es sich nach der deutschen Einheit zum Ziel gesetzt hat, der deutschen Nation wieder einen Platz in der Welt zu verschaffen; der sich mit seinen, in der „Jungen Freiheit“, bei Ullstein und an anderen rechtslastigen Orten versammelten Gesinnungsgenossen wie Rainer Zitelmann, Heimo Schwilk, Karlheinz Weißmann, Ansgar Graw in einer 89er Bewegung“ dazu berufen fühlt, im Dunstkreis der Neuen Rechten Gegenbewegung zu den 68ern zu sein, die in Teilen der Republik als Urgrund allen (sozialliberalen) Übels seit Willy Brandt gelten. Dabei sollte man nicht vergessen, daß die NG nicht nur eine sozialdemokratische Tradition zu wahren hat; es geht auch um das leider immer schwächer werdende Erbe des katholischen Publizisten Walter Dirks, dessen renommierte Frankfurter Hefte, wie der Bindestrich im Titel ausweist, bei der Neuen Gesell-

schaft untergeschlüpft sind. Mehrfacher Grund also, sich zu wundern, warum es geboten sein soll, für die Texte eines Autors zu werben, der – soweit bisher bekannt – nicht zu den Kirchenvätern der sozialdemokratischen Bewegung gehört und der den Beweis schuldig ist, daß er zur Fortentwicklung sozialdemokratischer Theorie und Praxis Nachhaltiges beitragen könnte. Seine Vita, seitdem er die SPD verließ, läßt eher befürchten, daß er jener Lehre eher abträglich sein könnte; auf das im „blick nach rechts“ Gesagte (z. B. 11 und 18/1995 sei verwiesen.

Nun wäre die Sache einfach zu lösen, würde man hinter dem Chefredakteur nicht einen Freund jenes Ulrich Schacht vermuten, den in der NG/FH-Redaktion aktiven Bildungsreferenten beim SPD-Bundesvorstand Tilman Fichter, an dem sich so mancher in der SPD reibt. Nach einer Jugend im SDS und in neomarxistischen Grüppchen wurde Fichter unter dem damaligen SPD-Geschäftsführer Glotz Mitarbeiter der SPD-Zentrale. Im Gefolge der deutschen Einheit entdeckte der Altmarxist, der zuvor weltweit flammende Verteidigungstexte für einen radikalen Sozialismus verbreitet hatte, sein deutschnationales Gewissen. Er fand neue Freunde in Kreisen – siehe oben –, die nicht unbedingt verdächtig sind, Parteigänger oder stille Teilhaber der SPD zu sein. Zum Ärgernis wurden nicht nur seine unqualifizierten Attacken gegen Helmut Schmidt, sein Eintreten für den völkisch-nationalkonservativen Hofgeismarer Kreis in der SPD, seine Gleichsetzung des Kriegs um Sarajevo mit Auschwitz, vor allem aber seine Verteidigung des Rainer Zitelmann, als dieser selbst der Redaktion der „Welt“ zu rechtslastig wurde. Die damals geäußerte Vermutung, Fichter drohe nunmehr das politische Abseits, scheint sich nicht bewahrheitet zu haben. Er dient nach wie vor der „rechten“ Sache.

Klaus-Henning Rosen

PERSONALIE

Ludwigsburg – Der 61jährige Jurist Willi Dreßen wird Leiter der „Zentralen Stelle der Landesjustizverwaltungen zur Aufklärung von NS-Verbrechen“ in Ludwigsburg. Dreßen, der zahlreiche Beiträge und Bücher zum Nationalsozialismus veröffentlicht hat, ist seit 30 Jahren in der Ludwigsburger NS-Fahndungsstelle tätig. Er sieht sich selbst als „Verwalter des Erbes Alfred Streims“, des langjährigen Leiters der Zentralstelle, der im August vergangenen Jahres verstorben ist.

Bäumchen wechsle dich

Berlin – In der aktuellen Ausgabe von „JF-intern“, dem „Hintergrunddienst der Wochenzeitung Junge Freiheit“ (JF), finden sich die neuesten Personalien wieder. In einer Art Bäumchen-wechsle-Dich-Spiel tauschten vornehmlich altgediente Mitstreiter von JF-Chefredakteur Dieter Stein die Posten untereinander aus. Neuer Chef vom Dienst ist Thorsten Thaler (ehemals Funktionär der Berliner „Republikaner“). Der Politik-Redakteur Thaler löste zum 1. April Jens Falk ab. Thaler war 1992 Cheflektor beim rechtsextremen Arndt-Verlag des Dietmar Munier in Kiel und Autor in den rechtsextremistischen Periodika „Europa Vorn“, „Nation+Europa“ und „Sleipnir“. Daneben schreibt Thaler seit 1990 für die „Junge Freiheit“. Falk ist jetzt als technischer Leiter der JF tätig. Thalers Nachfolger als Leiter der Medien-Seite ist Michael Oelmann, der seit 1993 für die JF schreibt. Thorsten Hinz, seit 1994 Autor der JF, bekleidet seit wenigen Wochen das Amt des Feuilleton-Chefs. Der Interimsleiter des Feuilleton, Kristof Berking, ein ehemaliger

Funktionär des „Bund Freier Bürger“, ist nun für die Internet-Ausgabe der JF verantwortlich und Redakteur für besondere Aufgaben.

Der JF-Buchdienst ist seit dem 1. Mai in Berlin angesiedelt. Mit Wolfgang Saur leitet ein gelernter Buchhändler den Buchdienst, der helfen soll, „das wirtschaftliche Überleben der JF zu sichern“, so die „JF-intern“ vom 30. Mai. Zuvor wurde der JF-Buchdienst über wechselnde Buchhandlungen und Verlage extern abgewickelt. Es begann 1989 beim Verlag Anneliese Thomas, die in Köln-Porz auch eine Buchhandlung betrieb. Von 1994 bis 1995 war ein Buchhändler in Göttingen, Hans Becker von Sothen, für den JF-Buchdienst zuständig, von Sothen ist derzeitiger JF-Redakteur für die Rubriken Forum und Kirche. Im Anschluß daran bis vor wenigen Wochen wurde der JF-Buchdienst durch die Brienna Verlags GmbH in Aschau i. Chiemgau (Kreis Rosenheim) des damaligen JF-Redakteurs Thomas Clement, der bis 1996 das Ressort Wirtschaft leitete, betrieben. Clement, Alter Herr der Münchner Burschenschaft Danubia, war wie auch die ehemaligen JF-Redakteure Hans-Ulrich Kopp, Angelika Willig u.a. von der rechtslastigen „Münchener Freiheit“ zur JF gekommen.

S. B.

Vor Seelenfängern wird gewarnt

Bonn/Kiel – Bei einem Forum der Würzburger Akademie Frankenwarte forderte die Sprecherin der Enquete-Kommission „Sekten“ des Deutschen Bundestages, Renate Rennebach (SPD), ein Gesetz, das ähnlich dem Verbraucherschutz die Teilnehmer von sogenannten Psychoseminaren hinreichend absichern solle: „Methoden, Ziele, Kosten und Dauer eines Seminars oder etwa die Ausbildung der Trainer müssen offengelegt werden!“ Als einen „unglaublichen Vorgang“ und eine „Rufmordkampagne“ bezeichnete Rennebach die Resolution des US-Kongresses auf eine Anzeige in der „New York Times“ hin, in der mehrere US-Schauspieler ihr und anderen bundesdeutschen Politikern eine Verfolgung von Scientologen in der Bundesrepublik ähnlich der Judenverfolgung während der NS-Diktatur unterstellt hatten. Die Bundesregierung wertet derzeit 29 Gruppierungen dem Bereich von „sogenannten Jugendsekten und Psychogruppen“ zugehörig; neben Scientology u.a. die Vereinigungskirche/Mun-Bewegung, die Europäische Arbeiterpartei und ZEGG-Zentrum für experimentel-

le Gesellschaftsgestaltung. Der Berliner Senat führt in seiner Mitteilung an das Abgeordnetenhaus über „sogenannte Jugendreligionen, Jugendsekten, Psychokulte und pseudotherapeutische Gruppen“ noch weitere 12 Gruppierungen an, u.a.: Heidnische Gemeinschaft/Germanische Glaubensgemeinschaft, Gemeinschaft für heidnisches Leben/Tempel der Semnonen und den Verein zur Förderung der psychologischen Menschenkenntnis (VPM).

Der Konsens von Bund und Ländern über die Merkmale von Sekten läßt sich in folgenden Punkten zusammenfassen:

- Isolierung der Gruppe,
- Isolierung der Mitglieder in ihrem sozialen Umfeld,
- Heilsversprechen mit Absolutheitsanspruch, Heilungsversprechen,
- starker Gruppendruck, Bewußtseinskontrolle,
- Druck auf Aussteiger/innen und Kritiker/innen,
- Ausbeutung der Mitglieder.

(Quellen: Ergebnisse einer repräsentativen Umfrage „Neue religiöse und weltanschauliche Bewegungen“ <Infratest Burke Berlin vom April 1997> und Bericht der Landesregierung von Schleswig-Holstein „Tätigkeit von Sekten“ <Drucksache 14/546>).

A. M.

ZEITSCHRIFTENSCHAU

Periodika der extremen Rechten

„Nation+Europa“(NE)-47.Jg.,Nr.6/97:

Als Trostpflaster für die relative Erfolglosigkeit - Einheit ist der alles überwölbende Appell - greift man zu einer Aussage des Verfassungsschutzpräsidenten von Rheinland-Pfalz, die rechte Szene agiere „immer intelligenter“. Die Mahnung zur rechten Einheit wird diesmal aus dem Mund von Andreas Mölzer (auf Einladung der „Republikaner“) vorgetragen. Dies ist auch Thema des „im Großraum Bad Hersfeld“ stattfindenden Pressefestes 1997 von „Europa Vorn“ mit Franz Schönhuber (Motto: „Jean-Marie Le Pen als Vorbild für die deutschen Patrioten“) als Hauptredner. Schönhuber feiert sein Idol denn auch in seinem Namensbeitrag, in dem er ebenso die neue Gruppe der Erfolgspolitiker, die „Clintonites“ propagiert, zu denen er - ungefragt - zählt: Jörg Haider, Gianfranco Fini, Tony Blair, Felipe Gonzales und Gerhard Schröder. Im übrigen zieht sich der Ruf nach nationaler Besinnung durch Schönhubers und Neubauers Beiträge; die Ausplünderung Deutschlands durch Wiedergutmachung, Flüchtlinge, Irak und Balkan, vor allem EU, wird vielfältig beklagt. Dem stellt Johanna Grund als leuchtendes Beispiel für echten Patriotismus die vom schweizerischen Unternehmer Blocher (SVP) geführte „Aktion für eine unabhängige und neutrale Schweiz“ (AUNS) gegenüber. Eher knapp fällt der Kommentar zur deutsch-tschechischen Erklärung („Sudetendeutsche auch von der Union verraten“) aus. Aus den Niederlanden wird aus obskurer Quelle das angebliche „Scheitern der multikulturellen Utopie“ als Mahnung für Deutschland berichtet (wobei Schengen fälschlicherweise in die Niederlande verlegt wird). Gegen das „Deutschland-verreckte-Syndrom“, das laut Martin Lüders die deutsche Kultur unterminiert, ruft man zu einer Bewegung „wider die political correctness“ und „für anspruchsvolle Gestaltung des deutschen Kulturlebens“ auf (als Vorbild dient Heinz Rudolf Kunze, der „Botho Strauß des Rock'n' Roll“).

„Junge Freiheit“(JF)-12.Jg.,Nr.24+25/97:

Alfred Mechttersheimer, Ultranationalist und „Friedensforscher“ ruft auf zur Revolte gegen die „Dominanz fremder Interessen“, die die Deutschen, regierungsamtlich zu Duckmäusern degradiert, in Knechtschaft halten würden (24/97). Deutschland

als Zahlmeister Europas outet Chefredakteur Dieter Stein; im Tenor dazu passend der zustimmende Bericht von Thorsten Thaler über eine kostenintensive („sechsstellige Summe“) Anti-Euro-Kampagne der „Republikaner“ mit den altbekannten Parolen (24/97). Mit Häme wird die bürgerliche Rechte in Frankreich ob ihres Wahldebakels, das sie durch Ausgrenzung des Front National selbst verschuldet habe, bedacht (24/97). JF-Autor Schüsslburner sieht in dem mit der Einführung des Euro einhergehenden „europäischen Währungskollektivismus“ die Bedrohung durch den „Euro-Kommunismus“ kommen; Drahtzieher seien die früheren Eurokommunisten, die jetzt via Frankreich ihren Einfluß geltend machten. Gemolken würden selbstredend die Deutschen, die „Euro-payer“ (25/97). Die von der Innenministerkonferenz beschlossene bundesweite Beobachtung der Scientology-Sekte wird als „blinder Aktionismus“ der politischen Klasse, die von den eigentlichen Problemen „Arbeitslosigkeit und Überfremdung“ ablenken wolle, gewertet. Roberto Rink, frisch wiedergewählter Bundesvorsitzender der DSU, bekundet im JF-Interview Sympathie für die „Republikaner“, da beim „Bund Freier Bürger“ Besitzstandsdenken vorherrsche (25/97). Kritisiert wird wieder einmal der Umgang mit der deutschen Vergangenheit, „die Besessenheit mit der niemals endenden Schuld der Deutschen“. Der JF-Autor (amerikanischer Professor) wähnt gar ominöse Mächte am Werk, die die westliche Zivilisation und vor allem die deutsche Identität zugrunde richten wollten (25/97).

HINWEIS

Oberursel - Im Rahmen einer multinationalen Sommerschule vom 20. bis 26. Juli 1997 lädt der Deutsche Gewerkschaftsbund in Zusammenarbeit mit den Jugendorganisationen des französischen CFDT, des italienischen UIL und des spanischen UGT zum Thema „Rassismus und Ausländerfeindlichkeit“ in das Haus der Gewerkschaftsjugend in Oberursel ein. Jugendlichen Teilnehmern (bis 25 Jahre) aus den europäischen Staaten die zum Thema Rassismus arbeiten, soll im „Europäischen Jahr gegen Rassismus“ dabei die Möglichkeit des Erfahrungsaustausches und der Zusammenarbeit geboten werden.

Information und Anmeldung: Sigrid Bachler, DGB-Bundesvorstand, Haus der Gewerkschaftsjugend, Königsteiner Str. 29, 61440 Oberursel; Tel. 06171/5903-0, Fax -/5903-27.

BÜCHERSCHAU

**Außer Diäten
nichts...?**

Über rechtsextremistische Ideologien, Parteien, Organisationen und Wähler gibt es mittlerweile umfangreiche Literatur – die konkrete politische Arbeit von Rechtsextremisten, etwa in Parlamenten – stand demgegenüber von Ausnahmen abgesehen (Hafeneger, Lepsz/Veen) noch nicht im Zentrum des Interesses der politikwissenschaftlichen Forschung. Um so beachtenswerter sind da die Fallstudien zur Parlamentsarbeit rechtsextremistischer Parteien, die der Potsdamer Politologe Christoph Butterwegge mit seinen Mitautoren Birgit Griese, Coerw Krüger, Lüder Meier und Gunther Niermann vorgelegt hat. Unter dem Titel „Rechtsextremisten in Parlamenten“ versammeln sich sechs längere Aufsätze, die im Zusammenhang mit einem diesbezüglichen Forschungsprojekt an der Fachhochschule Potsdam entstanden. (s. a. BNR 4, 5/97)

Zunächst skizziert Butterwegge die Entwicklung, den gegenwärtigen Stand und die Perspektiven der Rechtsextremismusforschung. Dem folgt eine erste Fallstudie von Butterwegge und Meier über Bremen: das kleinste Bundesland als parlamentarisches Experimentierfeld für die SRP 1951/52, die NPD 1967-1971 und die DVU 1987-1995. Das Wirken von Rechtsextremisten in nordrhein-westfälischen Kommunalparlamenten zwischen 1989 und 1994 anhand von Dortmund, Hamm und Köln untersuchen Griese und Niermann. Die Parlamentsarbeit der REP im Landtag von Baden-Württemberg zwischen 1992 und 1996 steht im Mittelpunkt der letzten Fallstudie von Meier und Griese. Die jeweiligen Untersuchungen zur Parlamentsarbeit enthalten Informationen zur kommunalpolitischen Programmatik und Publizistik, zu Anträgen und Anfragen, die sich mehrheitlich auf die Ausländerpolitik beziehen und zu Querelen innerhalb der Fraktionen, die ab und an zu Spaltungen führten. Krüger beschäftigt sich anschließend mit dem REP-Bundestagswahlkampf 1994, worin davon ausgegangen wird, daß dieser zwei in letzter Zeit besonders aktuelle gesamtgesellschaftliche Entwicklungstendenzen

widerspiegle; einen mit Feindbildhaltungen verbunden, allgemeinen Rechtsruck in der politischen Kultur und in sozialen Alltagserfahrungen sowie einen sozialen Wandel, der in der Ethnisierung sozialer Problemkonstellationen und Konflikten seinen Ausdruck findet. In einer kommentierten Darstellung befaßt sich dann Butterwegge mit Strategien gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Gewalt, betreffend die Bereiche Alltagsrassismus, Antifaschismus, Aufklärung, akzeptierende Jugendarbeit, politische Bildung, Einwanderungsgesellschaft, Gesellschaftskritik, Multikulturalismus und Reformpolitik.

Allgemein hebt sich der Band von zahlreichen sonstigen Darstellungen zum Rechtsextremismus durch einen hohen Informations- und Materialgehalt ab. Besonders in den Fallstudien zur Parlamentsarbeit wurde auf Basis entsprechender Primärquellen – wozu sowohl Interviews mit rechtsextremistischen und demokratischen Parlamentariern als auch Drucksachen und Plenarprotokolle gehörten – ein anschauliches und eindrucksvolles Bild gezeichnet. Insgesamt konzentrieren sich diese Untersuchungen allerdings etwas zu sehr auf die Nutzung der Parlamente zur politischen Propaganda, die Qualität der Fraktionsarbeit sowie die internen Querelen werden – mit Ausnahme des Beitrags zur Situation in den ausgewählten Kommunen in Nordrhein-Westfalen – eher am Rande behandelt. Auch hätte man sich hier und da eine weiter gefaßte analytische Einschätzung und vergleichende Betrachtungen gewünscht. Derartiges findet sich lediglich im Beitrag über Bremen, worin interessante vergleichende Betrachtungen zur Parlamentsarbeit und zu den Positionen der Rechtsextremisten in verschiedenen historisch-politischen Phasen gemacht werden. Insgesamt handelt es sich aber um einen beachtenswerten Band, dessen Fallstudien das parlamentarische Wirken der Rechtsextremisten anschaulich und informationsreich untersuchen. Da sie im Rahmen eines größeren Forschungsprojektes durchgeführt wurden, darf man auf dessen Resultate gespannt sein.

Armin Pfahl-Traugher

Christoph Butterwegge u. a., Rechtsextremisten in Parlamenten. Forschungsstand – Fallstudien – Gegenstrategien, Opladen 1997 (Leske+Budrich), 318 S.

Tagebuch

Inland

Bad Segeberg – Thekla Kosche alias „Gothmag 99“ von der in Bad Segeberg stationierten AS-GARD BBS-Mailbox ruft im abgespaltenen Teil des Thule-Netzes ihre Kameradinnen und Kameraden zur Verstärkung ihrer Anti-Antifa-Aktivitäten auf. Die Sammlung von Informationen über „linke Drahtzieher und Anstifter“, zu denen Kosche Lehrer, Sozialarbeiter, Journalisten, Erzieher und Studenten zählt, solle dem Ziel dienen, „Aktionsfreiräume“ für „erfolgreiches Handeln“ zu schaffen. Kosche fordert ihre Mitkämpferinnen und -kämpfer auch dazu auf, zu Veranstaltungen „der Linken“ zu gehen: „Das erfordert natürlich so viel Feingefühl, da nicht in ‘Faschokostümierung’ aufzukreuzen, aber das dürfte wohl klar sein.“

Bayreuth – Der Bezirksvorsitzende der oberfränkischen „Republikaner“, Otmar Krutil, wurde vom Landgericht Bayreuth wegen Beleidigung eines Journalisten zu einer Geldstrafe in Höhe von insgesamt DM 1.050,00 (30 Tagessätze á DM 35,00) verurteilt. Krutil mußte sich für einen Kommentar in einem parteieigenen Blättchen verantworten, in dem der Journalist mit dem NS-Propagandaminister Joseph Goebbels verglichen wurde. Für den Richter stellte dieser Vergleich eine „Schmähkritik der untersten Stufe“ dar. Er blieb deswegen auch in der Berufungsinstanz bei seinem Ersturteil.

Berlin – Am 1. April wurde in Berlin eine „Association Liberal Sociale Ordnung“ (ALSO) gegründet. Geworben wurde dafür per Anzeige in der „Jungen Freiheit“ (14/97): „Aus der Einsicht, daß die etablierten gesellschaftspolitischen Institutionen, Parteien, Kirchen und Verbände als ein Teil des systemimmanenten Problems anzusehen sind, die die notwendigen Reformen verhindern, besteht die Arbeit der ALSO in einer radikalen, fundamentalen Systemkritik“. Als Kontaktperson werden auf Flugblättern der ALSO Irmgard Kohlhepp (Hessisch-Lichtenau) und Bernhard Heldt angegeben, der bereits Anfang der 80er Jahre Mitglied der Berliner REP war. In Flugblättern der ALSO wird u. a. positiver Bezug auf den nationalsozialistischen Wirtschaftstheoretiker Gottfried Feder genommen. Feder war es, der die „Brechung der Zinsknechtschaft des internationalen Kapitals“ zu einem der wirtschaftlichen Hauptpunkte des ursprünglichen NS-Parteiprogramms machte.

Düren/Berlin – Wie bereits vorher mehrfach in der Wochenzeitung „Junge Freiheit“, konnte der vom Verfassungsschutz Nordrhein-Westfalen als neonazistisch bezeichnete Buchdienst Michael Prümmer auch in der Parteizeitung „Der Republikaner“ (4/97) eine Anzeige schalten. In der folgenden Ausgabe des „Republikaner“ (5/97) distanzierte sich dann die Redaktion der Parteizeitung von „den Aktivitäten des Herrn Prümmer“.

Erlangen (Bayern) – In der neuesten Ausgabe (Juni) der „Thule-Briefe“, dem „Infoblatt für Freunde und Förderer des Thule-Seminars“, für das Thomas Hetzer (Erlangen; alias Alfred Tetzlaff), Initiator des Thule-Mailbox-Netzes, verantwortlich zeichnet, wird den Leser/innen mitgeteilt, daß der Aufbau von „metapolitischen Zellen“ (=Leserkreise) des „Thule-Seminars“ voranschreite. Die Mitglieder des „Thule-Gungirkreises“, die ihren Fingerdurchmesser dem Vorstand noch nicht mitgeteilt haben, werden aufgefordert, dies nachzuholen, da der Silberring des „Thule-Seminars“ in Kürze verliehen werde. Gelobt wird die neue CD „Sturmlieder“ von dem Wiener Esoteriker Kadmon (= Gerhard Petak), der u. a. Lieder von SS-Brigadeführer Karl Maria Wiligut (alias K. M. Weisthor), bis 1938 Leiter des Amtes für Vor- und Frühgeschichte im persönlichen Stab Himmlers, vertont hat.

Frankenthal – In der Berufungsverhandlung vor dem Landgericht im vorderpfälzischen Frankenthal erreichten die Skinheads Christian Hehl (27) und Ralf Schütthelm (25) mildere Urteile. Die Richter und Schöffen der Jugendkammer folgten Anfang Juni den Anträgen der Verteidigung, die Haftstrafe von Schütthelm aufzuheben und die von Hehl zur Bewährung auf drei Jahre auszusetzen. Dazu muß der arbeitslose Hehl noch 150 soziale Arbeitsstunden ableisten. Die beiden vorbestraften Rechtsextremisten waren erstinstanzlich vom Amtsgericht Ludwigshafen in getrennten Verhandlungen zu Strafen von sechs Monaten mit (vgl. BNR 22/96) bzw. zwölf Monaten ohne Bewährung (vgl. BNR 1/97) verurteilt worden. Sie waren zusammen mit weiteren Rechtsextremisten am 26. Dezember 1995 in eine Kneipe in Speyer gestürmt und hatten dort eine der linken Szene zugehörige Person tödlich angegriffen. Der Vorsitzende Richter Gerold Kraayvanger begründete das Urteil damit, daß Hehl seit Dezember 1995 nicht mehr strafbar geworden war und sein Bewährungshelfer eine positive Prognose stellte. Tatsächlich entzog sich Hehl einer Festnahme beim Rudolf-Hess-Gedenkmarsch in Worms im August vergangenen Jahres durch die

Angabe falscher Personalien. Beim Aufmarsch gegen die Wehrmachtsausstellung in München (vgl. BNR 6/97) am 1. März nahm Hehl als Ordner an der rechtsextremistischen Veranstaltung teil. Außerdem wurde eine Reststrafe gegen Hehl nach Verbüßung von zwei Dritteln zur Bewährung ausgesetzt. In einem weiteren Verfahren in Saarbrücken erging bereits zuvor eine Bewährungsstrafe.

Hamburg/Berlin – In puncto Hintergründe zur Wehrmachtsausstellung meldet sich jetzt auch der ins Visier der Verfassungsschutzes (Bund '95) geratene Rechtsaußen-Publizist Joachim Siegerist zu Wort. Per Großanzeige in der „Jungen Freiheit“ (21/97) offeriert der Deutschlette sein neues Machwerk über die Familie Reemtsma. Als „die unglaublichste deutsche Familienstory“ weiß Siegerist, Vorsitzender der „Deutschen Konservativen“, seine Enthüllungen über „die Reemtsmas“ anzupreisen. Hingewiesen wird von Siegerist insbesondere auch auf die fatalen Folgen des Genusses von Reemtsma-Zigaretten. Das „Enthüllungsbuch“, das nicht im Buchhandel erhältlich ist und demnächst erscheinen soll, „Reemtsma - Eine Familie im Zwielicht“ ist über die Wirtschafts- und Verbands PR GmbH, Postfach 76039, 22053 Hamburg zu bestellen. Zur Reinwaschung der beschmutzten Soldatenehre plant Siegerist, wie er in einer weiteren JF-Großanzeige (25/97) verkündet, den Bau einer Soldatenkapelle im „ehemaligen Kampfgebiet“. Für DM 250 Mindestbetrag kann man dafür einen Ziegelstein spenden oder aber sich am silbernen Altar beteiligen; pro Kilo Silber DM 400. Für anonyme Spender (in höherer Summe) bietet sich auch das silberne Altarkreuz an, dessen Sockel aus im Krieg verwendeten Patronenhülsen gegossen werden soll. Die Spendengelder gehen auf ein Sonderkonto der „Deutschen Konservativen“ in Hamburg.

Hannover - Die niedersächsischen „Republikaner“ haben auf einem Landesparteitag den bisherigen Landesvorsitzenden Peter Lauer in seinem Amt bestätigt. Die stellvertretenden Landesvorsitzenden Gerhard Tempel, Heinz-Otto Lehmann und Otto Focke durften ebenfalls in ihren Ämtern verbleiben. Der 56jährige Oberstudienrat Lauer ist auch Spitzenkandidat der „Republikaner“ bei den niedersächsischen Landtagswahlen im März nächsten Jahres.

Karlsruhe – Gescheitert auch vor dem Bundesverfassungsgericht ist der in Deutschland inhaftierte US-Spitzen-Neonazi Gary Rex Lauck. Das höch-

ste Gericht hat seine Verfassungsbeschwerde gegen sein Strafurteil nicht zur Entscheidung angenommen. Bereits im März war vom Bundesgerichtshof die Verurteilung Laucks durch das Landgericht Hamburg vom August 1996 zu vier Jahren Freiheitsstrafe wegen Volksverhetzung und Aufstachelung zum Rassenhaß als rechtskräftig bestätigt worden, wogegen Lauck Revision eingelegt hatte.

München – Bei der Nachwahl zum Präsidium des „Sudetendeutschen Rates“ wurde Herbert Fleissner (am 2. Juni 1928 in Eger geboren), Mitglied des „Witiko-Bundes“, anstelle des verstorbenen Witikonon Heinz Kraus in das Präsidium gewählt, in dem u. a. auch der Sprecher der „Volksgruppe“, Franz Neubauer, vertreten ist. Der Burschenschafter (Suevia Innsbruck) Fleissner, vom einstigen REP-Bundesvorsitzenden Franz Schönhuber in dessen Buch „Verbogene Gesellschaft“ (1996) wegen seiner politischen „Standfestigkeit“ gelobt und vom Anti-Antifa-Strategen Hans-Helmuth Knütter in einem internen Schreiben als „Helfer und Sponsor“ der „Jungen Freiheit“ genannt, hielt am 14. Mai bei der rechtsextremen „Österreichischen Landsmannschaft“ in Wien einen Vortrag zum Thema „Jetzt: Die Sudetendeutschen und der tschechische Staat“. Die Blätter der rechtsintellektuellen „Deutschen Gildenschaft“ äußerten über Fleissner, daß er „zu den Blockadebrechern auf dem deutschen Buchmarkt gegen die durch die Nachkriegsentwicklung bedingte Vormachtstellung bestimmter politischer und zeitgeschichtlicher Erzeugnisse“ zähle.

Stuttgart – In der Beantwortung einer Kleinen Anfrage (12/1475) des Landtagsabgeordneten Michael Jacobi (Bündnis 90/Die Grünen) bezifferte der baden-württembergische CDU-Innenminister jüngst die aktuelle Zahl der Mitglieder des neonazistischen „Freiheitlichen Volksblocks“ (FVB, vgl. BNR 11/97) bundesweit mit „etwa 100 Personen“. Noch im vor wenigen Wochen vorgestellten Verfassungsschutzbericht des Landes Baden-Württemberg für 1996 wurden dem FVB ca. 40 Mitglieder im Bundesgebiet, davon die Hälfte in Baden-Württemberg beigemessen. Der Schwerpunkt der Aktivitäten liegt weiterhin in Baden-Württemberg, wo 25 bis 30 Personen dem FVB angehören. Der Anfang 1994 in Bayern gegründete FVB veröffentlichte bis Ende 1995 den monatlichen „FVB-Spiegel“. Seither erscheinen nur noch Presseerklärungen, Schulungsunterlagen, Flugblätter und anderes Propagandamaterial. Zuletzt trat der FVB-Bundesvorsitzende Konrad Petraschek als Redner

in Bad Segeberg (vgl. BNR 12/97) auf.

Viöl/Nordfriesland – Roland Böhlinger, Inhaber des „Verlages für ganzheitliche Forschung“ (Sitz: Viöl) und Gründer des „Deutschen Rechts- und Lebensschutz-Verbands“ sowie des „Instituts für ganzheitliche Forschung“, gibt neuerdings in seinem „Institut für ganzheitliche Forschung“ eine Reihe „Recht und Politik“ heraus. In den bisher vorliegenden Heften beschäftigt sich Böhlinger mit Ausländerpolitik, „Lebensschutz“ und Verteidigungspolitik. Neben dem „Verlag für ganzheitliche Forschung“ nennt Böhlinger auch den „Kultur-Verlag“ und den neugegründeten „Hutten-Verlag“ sein eigen. Im „Hutten-Verlag“ erschien jüngst das Buch „Unterdrückung und Verfolgung deutscher Patrioten“ (Herausgeber: Rolf-Josef Eibicht), für das auch der CDU-Rechtsaußen Heinrich Lummer zur Feder griff.

Wehr/Stuttgart – Der Landesvorsitzende der baden-württembergischen „Republikaner“, Christian Käs, auch stellvertretender Bundesvorsitzender, will auf dem Landesparteitag am 19. Juli in Wehr (Kreis Waldshut) erneut für das Amt des Vorsitzenden kandidieren.

Quedlinburg (Sachsen-Anhalt) – Steffen Hupka, Bundesvorstandsmitglied der „Jungen Nationaldemokraten“ (JN), ist neuer Landesbeauftragter der NPD Sachsen-Anhalt. Übertragen worden war ihm diese Funktion vom NPD-Bundesvorsitzenden Udo Voigt bei der Landesversammlung der NPD Sachsen-Anhalt am 22. März d. J., bei der rund 100 Teilnehmer zugegen waren. Dies vermeldet das Nationale Infotelefon Rheinland in seinem Ansagedienst und bezieht sich auf eine Pressemitteilung der NPD Sachsen-Anhalt. Hupka greift neuerdings auch für die Zeitschrift „Sleipnir“ zur Feder. Rechtsextremisten wie Alfred Mechtersheimer und Reinhold Oberlercher bescheinigt er, daß diese „fruchtbare Gedanken in die politische Diskussion“ einbringen würden.

IMPRESSUM

Herausgeber:
Institut für Information und Dokumentation e.V.

Verlag:
Vorwärts Verlag GmbH
Wilhelmstraße 140, 10963 Berlin
Telefon (030) 25 99 36 41, Fax 25 99 36 54

Postvertriebsstück. Entgeld bezahlt.

Adresse:

Ausland

Italien (Lignano) – Übel mitgespielt wurde offensichtlich in den vergangenen Wochen deutschen Touristen, die sich an der nördlichen Adria im Urlaub erholen wollten. Wie „blick nach rechts“-Leser die Redaktion informierten, mußten sie dort massive Werbeaktionen der rechtsextremen „Republikaner“ ertragen, die die deutschen Pkw's mehrfach mit ihren Flugblättern bestückten.

Niederlande (Kerkrade) – Der nordrhein-westfälische Neonazi Andre Zimmermann (Ex-FAP) von der „Sauerländer Aktionsfront“ will bei den Kommunalwahlen in den Niederlanden im März kommenden Jahres als Stadtratskandidat der neonationalsozialistischen CP '86 in Kerkrade kandidieren. Dazu das „Nationale Infotelefon Rheinland“: „Bei solchen Meldungen wird so mancher, der die EU heraufbeschworen hat, um den Rechtsextremismus über Ländergrenzen hinweg verfolgen zu können, seinen Groll kaum verbergen können.“

Österreich (Salzburg) – Zunehmend militant geprägt sind die Webseiten des neonationalsozialistischen „Bürgerschutzes Österreich“ (Vorsitzender: Peter Kurt Weiß, Salzburg). So wird zur Hatz auf Andersdenkende aufgerufen. „Ich kann nur jedem raten, sich die Namen dieser linken Verbrecherbande, Politiker und Journalisten zu merken und bei gegebenen Zeitpunkt diese miesen Ratten aus ihren Löchern holen und zur Verantwortung zu ziehen.“ Weiter wird den Neonazi-Kameraden geraten, „sich mit Waffen einzudecken (auch illegal) um für diese Zeit, die kommen wird, gerüstet zu sein.“

Redaktionsleitung:

Gabriele Nandlinger (verantwortlich)
Winterstraße 35, 53177 Bonn
Telefon (0228) 951 04 16, Fax 31 45 23

Satz:

Vorwärts Verlag Berlin; Heidemarie Lehmann

Herstellung:

OPS GmbH, Hamburg
Erscheint 14tägig, Bezug nur im Abonnement
Preis DM 117,- jährlich, zzgl. MwSt. und Versandkosten